



An die Mitglieder
der SPD-Bundestagsfraktion
aus Mecklenburg-Vorpommern

– Per E-Mail –

Berlin, 29. Januar 2025

Ihr Schreiben vom 28. Januar 2025

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Ihr Schreiben vom 28. Januar 2025 haben wir um 22:48 Uhr per E-Mail erhalten. Es handelt sich dabei sowohl im Inhalt als auch im Stil um eine Unverschämtheit, die das schon in den letzten Wochen durchaus niedrige Diskussionsniveau der SPD Mecklenburg-Vorpommern noch einmal unterschreitet. Obwohl Ihr durchsichtiges Wahlkampfmanöver offensichtlich gar keine ernsthafte Sachdebatte zum Ziel hat, sondern nur auf faktenfreie linkpopulistische Hetze ausgeht, antworte ich Ihnen als Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern sehr gern im Namen der von Ihnen adressierten Kollegen.

Zunächst **drei Vorbemerkungen**:

1. Das **Zustrombegrenzungsgesetz** von CDU/CSU hat im Parlament eine monatelange Vorgeschichte und wurde schon nach den Messermorden von Solingen am 12. September 2024 vom Plenum des Deutschen Bundestages an den Innenausschuss überwiesen, der das Gesetz bereits am 6. November 2024 abschließend beraten hat – das Gesetz ist abstimmungsreif und geboten.
2. Sie handeln vorgeblich aus Sorge um unsere Demokratie, aus Sorge um die Regeln der Europäischen Union sowie aus Sorge um Flüchtlinge. Tatsächlich sind Ihre (Nicht-)Handlungen jedoch geeignet, diesen Anliegen mehr zu schaden als sie zu fördern. Ihrem Schreiben ist unzweifelhaft zu entnehmen, dass Sie sich – und das werde ich Ihnen im Einzelnen darlegen – nämlich vor allem um eines sorgen: die **durchsichtig-ideologische Parteipolitik der SPD**.
3. Wir geben die Hoffnung nicht auf: Sie haben bis zur Abstimmung am Freitag noch die Gelegenheit, auf unseren **Kurs der demokratischen Mitte und Vernunft** in der Migrationspolitik einzuschwenken. Für diesen Kurs gibt es eine große und breite gesellschaftliche Mehrheit – selbst unter Ihren Wählern. Erwägen Sie bitte ernsthaft, endlich **Politik für die breite Mehrheit der Gesellschaft** zu machen.

Zu unseren **Überlegungen im Einzelnen:**

Wir sind nicht bereit, Aschaffenburg als neue Normalität zu akzeptieren. Am 22. Januar 2025 hat ein ausreisepflichtiger Afghane eine Gruppe von fünf Kindern (!) mit einem Messer angegriffen. Dabei wurden ein zweijähriger Junge und ein zur Hilfe eilender Familienvater getötet, der als unbeteiligter Passant mit großem Mut weitere Kinder vor dem Tod bewahrte hat und nun seinerseits seine Ehefrau und ein zweijähriges Kind hinterlässt. Weitere Kinder und Erwachsene wurden schwer verletzt. Die gesamte Stadt und die Region stehen unter Schock. Und nahezu jeder empathische Mensch hat sich nach dieser Tat hoffentlich gefragt: Wie müssen sich dieser Tage wohl Eltern gefühlt haben, wenn sie ihre Kinder in die Kita gebracht und darüber nachgedacht haben, ob unser Staat unsere Schwächsten noch ausreichend schützen kann? – Die schreckliche Bluttat von Aschaffenburg war für uns jedenfalls kein zu bagatellisierender „Einzelfall“, sondern eine schreckliche Tat, die sich mindestens mit den tödlichen Anschlägen von Mannheim (Polizistenmord durch einen Syrer im Bürgergeldbezug), Solingen (Messermord auf einem Stadtfest durch einen abgelehnten Asylbewerber aus Syrien) und Magdeburg (Amokfahrt eines behördenbekannten Gefährders aus Saudi-Arabien) – weitere Fälle ließen sich nennen – als ein neues und völlig inakzeptables Ausmaß an Verrohung und Gewalt darstellt. Wir wehren uns entschieden dagegen, dies als neue Normalität in Deutschland zu akzeptieren. So kann und darf es nicht weitergehen. Unser Land braucht eine grundlegende Wende in der Migrationspolitik, die sich viel zu oft als ein Ausdruck falscher Toleranz gegenüber kriminellen Ausländern dargestellt hat. Das Maß ist voll. Oder was muss aus Ihrer Sicht noch passieren? Wie viele Anschläge, Messerstechereien oder tote Kinder braucht es aus Ihrer Sicht noch, bis es zu einer Wende in der Migrationspolitik kommt?

Was ist Ihre Antwort? Ideologie statt Taten. Anstatt die bittere Realität durch beherzte Politik zu ändern, verstecken Sie sich aus parteitaktischen Gründen hinter immer gleichen ergebnislosen Ritualen. Diese wirken inzwischen hohl und leer, wurden viel zu oft aufgeführt und blieben immer wieder fruchtlos. Viele Menschen stößt das nur noch ab. Für die Opfer und ihre Familien ist das ein Hohn. Die demokratische Öffentlichkeit hat aus unserer Sicht ein Anrecht darauf, Klarheit darüber zu bekommen, welche Fraktion für welches Handeln (oder Nichthandeln) steht – gerade auch vor einer wichtigen Wahl. Unser Kanzlerkandidat hat dazu dankenswerterweise deutlich gemacht, dass er ab dem ersten Tag seiner Regierungsübernahme im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz einen faktischen Aufnahmestopp für unberechtigte Ausländer durchsetzen würde. Das ist notwendig und richtig – aber im Zweifel erst in einigen Wochen zu erreichen. Bis dahin darf sich die Politik nicht verstecken. Schon jetzt ist die Zeit für Entscheidungen. Wir haben dafür entsprechende Entschließungsanträge eingebracht und werden am Freitag unser Zustrombegrenzungsgesetz zur Abstimmung stellen. Wir rufen Sie auf, daran mitzuwirken und erinnern Sie in diesem Zusammenhang an die uns alle treffende staatspolitische Verpflichtung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden und ihn nicht zu mehren. Wenn Sie ehrlich zu sich wären,

wüssten Sie – die Bürger wissen es jedenfalls –, dass Sie darin mindestens in der zurückliegenden Wahlperiode nicht nur nicht reüssiert, sondern offensichtlich versagt haben. Dass Sie sich darüber durch ein Verunglimpfen Ihres politischen Gegners hinwegtäuschen wollen, nehmen wir mit bedauernder Anteilnahme zur Kenntnis. Wir sind jedenfalls überzeugt: Die Bürger in Deutschland wünschen sich jetzt Politiker, die sich weniger um Parteipolitik, sondern um die Lösung der Probleme unseres Landes sorgen.

Kontextualisierung mit Nationalsozialismus als geschichtsvergessene Dummheit und völlig inakzeptable politische Entgleisung. Dass Sie offensichtlich nicht willens oder nicht in der Lage sind, die migrationspolitischen Probleme Deutschlands zu lösen, ist eine Sache – und wenig überraschend. Dass Sie unsere Politik allerdings mit dem Nationalsozialismus kontextualisieren, ist nicht nur geschmacklos und geschichtsvergessen gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus, sondern auch eine unter seriösen Parlamentariern völlig inakzeptable politische Entgleisung. Wir bedauern, dass Sie aus lauter Angst vor den Ergebnissen der Bundestagswahl anscheinend völlig Ihren Kompass verloren haben. Wenn Sie sich vor Ihrer öffentlichen Agitation über die parlamentarischen Abläufe kundig gemacht hätten, hätten Sie wissen können – oder Sie wussten es, was noch unverschämter wäre –, wer für die am Mittwoch praktizierte Zeitfolge die alleinige Verantwortung trägt: der Bundeskanzler. Der SPD-Bundeskanzler hat sich (anscheinend ganz bewusst) entschieden, in zeitlich unmittelbarer Nähe zur erwähnten Gedenkstunde seine Regierungserklärung zu Aschaffenburg abzugeben, um dadurch eine Sachdiskussion zu erschweren und um solche geschmacklosen Vergleiche zu provozieren, wie Sie oder auch der SPD-Bundesgesundheitsminister ihn gezogen haben – wobei letzterer nach berechtigter öffentlicher Empörung immerhin schon um Entschuldigung gebeten hat. Von derartiger Unsachlichkeit lassen wir uns allerdings nicht beeindrucken, sondern fordern Sie stattdessen auf, zu einer Sachlichkeit zurückzukehren, wie sie die SPD etwa beim Asylkompromiss mit Union und FDP in den 1990er Jahren noch praktiziert hat. Zudem wiederhole ich angesichts Ihres absurden Vergleichs gern einen Satz, den ich Ihrer Fraktion auch schon einmal im Plenum des Deutschen Bundestages zugerufen habe: Wer demokratisch-rechts und rechtsextrem nicht unterscheiden kann, ist dumm.

Völlig geklärtes Verhältnis zur AfD und Selbstachtung gegenüber unseren eigenen politischen Inhalten. Und abschließend noch ein deutliches und klares Wort zu der von Ihnen insinuierten Zusammenarbeit von CDU/CSU und AfD: Die AfD-Bundestagsfraktion ist aus unserer Sicht – und dies sogar in einem zunehmenden Maße – antisemitisch, rassistisch, ausländerfeindlich und rechtsextrem. Politische Verantwortung in Händen dieser Partei wäre keine gute Alternative, sondern der Abstieg für Deutschland. Während Sie in diesem Zusammenhang rein parteipolitisch über eine „Brandmauer“ philosophieren, betreiben wir eine inhaltliche Politik zur Löschung des entstandenen Brandes – ein Zurückdrängen der AfD durch ein Lösen von Problemen. Nur so lässt sich die Spaltung der Gesellschaft überwinden, für deren schlimmes Ausmaß Sie maßgeblich Verantwortung tragen. Deutschland braucht

jetzt das Zustrombegrenzungsgesetz, das wir am Freitag zur Abstimmung stellen und das wir aus eigener Überzeugung und unabhängig von anderen Parteien erarbeitet haben. Dabei ist es für uns eine Frage der Selbstachtung, dass wir das, was wir für richtig halten, nicht auf einmal für falsch halten, weil die Falschen möglicherweise zustimmen wollen. Wer sich derart selbstverleumderisch verhalten würde, erweist der Demokratie einen Bärendienst und gibt den Extremisten eine Gestaltungsmacht, die ihnen nicht zusteht. Wir lassen uns weder von der AfD noch von Ihrer rot-grünen „Rest-Regierung“ vorschreiben, welche Anträge wir stellen. Wenn Sie das nicht respektieren, wird sich ihre linkideologische SPD-Politik – wie auch schon in den vergangenen Jahren – leider als ein weiteres AfD-Konjunkturprogramm erweisen. Leidtragend ist die Demokratie in Deutschland.

Dass ich Ihr vermeintliches Angebot eines persönlichen Gesprächs bei gleichzeitigem Versand Ihres Schreibens an die Medien als offensichtliche Farce betrachte, die bürgerliche Umgangsformen vermissen lässt, trifft sicher auf Ihr Verständnis. Wenn und soweit Sie nach einer für Sie hoffentlich geruhsamen Nacht jedoch wieder zur Besinnung gekommen sein sollten, könnten Sie uns jedoch gern um Entschuldigung bitten. Bis dahin verbleibe ich – auch im Namen meiner Kollegen – mit gebotenen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading 'Philipp Amthor' with a checkmark at the end.

Philipp Amthor MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern